

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich vorm. 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Goldbestellung 3 Mk. zusätzlich. Abrechnung am Monatsende. Einzelnummern 10 Pf. (Postgebühren).  
**Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** Goldbestellung 10 Pf. (Postgebühren). Einzelnummern 10 Pf. (Postgebühren).  
In Halle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Rücksendung eingehender Schreibsätze erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die Hauptzeile 20 Goldpfennige, die Zeilenweise Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennige, die Zeilenweise Teile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Goldpfennige. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorlage und Vorkosten sind dem Anzeigenden zu zahlen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Angaben übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Jeder Redaktionsanspruch erlischt, wenn der Betrag durch die Herausgeberin nicht oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen. Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Wilsdruff, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rossen.

Nr. 166 — 83. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Wilsdruff“

Wilsdruff-Dresden

Post-Bez.: Dresden 2640

Freitag den 18. Juli 1924

## Die Eröffnung der Konferenz.

Begrüßung durch Macdonald.  
(Erster Tag.) London, 16. Juli.  
Kurz vor 11 Uhr trafen die Delegierten der internationalen Konferenz im Auswärtigen Amt ein und begaben sich in die Räume des Staatssekretärs. Nach wenigen Minuten privater Unterhaltung wurde die Sitzung offiziell eröffnet. In der Mitte des hufformartigen Verhandlungstisches saß der britische Ministerpräsident. Zu seiner Rechten saßen Herriot, Clementel, General Koller und Peretti della Rocca, zu seiner Linken die beiden anderen englischen Delegierten, Schatzkanzler Philipp Snowden und Unterstaatssekretär Sir Eyre Crowe. Neben den Franzosen saßen die Italiener unter Führung von Finanzminister de Stefani, ferner die Belgier Theunis und Hymans. Schließlich der portugiesische Botschafter Norton de Matos. Links von den englischen Delegierten saßen der amerikanische Botschafter Kellogg und Oberst Logan, sodann die beiden japanischen Delegierten, der griechische, der rumänische und der jugoslawische Gesandte. Insgesamt also die Vertreter von 10 Staaten.  
Die Sitzung wurde eingeleitet mit einer Begrüßungsrede Macdonalds, in der er die Teilnehmer willkommen hieß und einen Überblick über die Aufgaben der Konferenz gab. Sodann wurde die Formalität der Wahl des Präsidenten der Konferenz erledigt. Natürlich fiel die Wahl auf Macdonald. Als dann wurde die Frage der Berichterstattung über die Konferenz erörtert, ferner die Zusammenkunft des Sekretariats der Konferenz und ihre Tagesordnung bestimmt.

### „Alles der Konferenz überlassen.“

Also wieder einmal eine Konferenz!  
Wir Deutsche sehen ja diesen Konferenzen, durch langjährige Erfahrung belehrt, mit starkem Mißtrauen entgegen. Auch diesmal hat es sich wieder eingestellt, obwohl es eine Zeitlang geschienen hatte, als ob am Horizont ein Silberstreif aufzutauchen, endlich die Nacht des Mißtrauens und des Hasses verdammen würde. Man hat auf den neuen französischen Ministerpräsidenten Herriot noch größeres Vertrauen gesetzt als auf seinen englischen Kollegen Macdonald, aber selbst in deutschen politischen Kreisen, die dem französischen Ministerpräsidenten parteiunabhängig nahe stehen, wird offen zugegeben, daß Herriot mit seinen Absichten tatsächlich gescheitert ist, gegenüber einer Tradition, die in der Persönlichkeit Poincarés gipfelte, nicht hat antommen können, daß diese Tradition stärker ist als sein Wollen und Können.  
Neben Herriot nimmt sein Staatssekretär an der Londoner Konferenz teil, derselbe, der auch Staatssekretär unter Poincaré und entschlossener Vertreter der poincaréschen Politik war. Die Bancos Geist, nur für Macbeth sichtbar, so wird auch der Geist Poincarés dort in London am Konferenzstisch sitzen, und Herriot's Augen werden auf ihn starren, werden jene Tradition nicht vergessen.  
Aus der einen Konferenz sind ja nun zwei geworden. — Aber die wichtigere von beiden ist die Vorkonferenz, die jetzt begonnen hat. Denn jetzt sollen sich die Alliierten einzeln und Deutschland hat dann auf der Hauptkonferenz praktisch noch nur das Recht, das jetzt von den Alliierten ausgearbeitete Programm zu unterschreiben. Unser Botschafter in Paris hat ja noch versucht, dem französischen Ministerpräsidenten vor der Konferenz das Notwendige über die Auffassung der Reichsregierung zu sagen; er soll dabei auch von der großen Hoffnung gesprochen haben, mit der die Demokraten Deutschlands die Erklärung Herriot's über die neue französische Politik aufgenommen haben, und wie stark nun die Enttäuschung im Reich werden müsse, wenn die Erwartungen sich nicht erfüllen würden. Herriot hat sich aber gehütet, über unverbindliche Nebenheiten hinauszugehen, er wollte ohne jedes Gepäck irgendwelcher Versprechungen nach London gehen. Übrigens ist es bekanntlich schon einmal einem französischen Ministerpräsidenten sehr schlecht bekommen, als er zu einer Reparationskonferenz ging und dabei an Deutschland Zugeständnisse von recht winzigem Umlange machte: Als Briand in Cannes verhandelte, hat man in Paris währenddessen die Mine gelegt, die ihn dann in die Luft gesprengt hat.  
Alles der Konferenz überlassen — das ist die Parole, mit der Herriot nach London gegangen ist; aber er hat schon gewisse Erklärungen gegeben, die seine Marschroute von vornherein festlegte: Wahrung der Stellung der Reparationskommission als oberster Instanz, besondere Garantien militärisch-politischer Art für die Sicherheit Frankreichs und jede Nachgiebigkeit Frankreichs Deutschland gegenüber erst von einem Augenblicke ab, in dem die deutschen Verpflichtungen auf Grund des Sachverständigengutachtens nicht etwa nur in Kraft gesetzt sind, sondern für Frankreich bereits finanzielle Entlastung gebracht haben. In diesen drei Punkten gibt es für Herriot kein Nachgeben. Und nach den Erfahrungen, die wir bisher mit Macdonald gemacht haben, ist nicht daran zu zweifeln, daß England zu jeder Nachgiebigkeit

## Ernte Besorgnisse in Deutschland.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Berlin, 17. Juli. Die ablehnende Aufnahme der Kanzlererklärungen in der Entente-Pressen hat in Berlin die allgemeine Enttäuschung gesteigert. Der Kanzler hat gestern zu seinen Parteifreunden ausdrücklich von ernstem Besorgnissen gesprochen, denen er und die Reichsregierung gegenüberstünden. Auch das Zentrum scheint jetzt entschlossen, die Gesetzentwürfe im Reichstag nicht durchzubringen, solange Deutschland nicht weiß, was die Londoner Konferenz bittiert.

### Londoner Skeptis.

London, 17. Juli. Die Londoner Presse sieht der Konferenz noch immer mit großer Skepsis gegenüber. Man erkennt zwar an, daß der erste Tag programmäßig verlaufen ist, fügt aber hinzu, daß die Atmosphäre überaus kühl gewesen sei. So schreibt „Evening Standard“, die beste Hoffnung liege letzten Endes in der auch in Frankreich wachsenden Erkenntnis des unerträglichen Zustandes der europäischen Lage und der Unmöglichkeit, sie durch Gewalt zu korrigieren. Der Dawes-Bericht biete in der Durchführung zweifellos von keine Verfassern übergangene Schwierigkeiten, er biete aber dennoch größere Möglichkeiten als irgendein früherer bei Konferenzen behandelte Vorschlag. Die gegenwärtige Konferenz würde wohl keine Lösung, wohl aber wesentliche Fortschritte auf dem Wege der Lösung bringen.

Diese außerordentliche Bescheidenheit der englischen Erwartungen erklärt sich sicherlich auch aus den höchst reservierten Äußerungen Herriot's bei der heutigen Eröffnungssitzung, wenn er sagte, daß man auf die Interessen der durch den Krieg geschädigten Völker Rücksicht nehmen müsse. Die anderen waren in ihren Erklärungen nicht weniger lakonisch. Jedermann sagte, er wäre erfüllt von Vaterlandsliebe und Friedenswillen, niemand sagte mehr.

### Verlängerung der Nicumverträge in der Metallindustrie.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Essen, 16. Juli. Die von dem Zweverband der Metallindustrie im besetzten Gebiet und für seine 18 Untergruppen in Düsseldorf mit der Nicum und der Interalliierten Rheinlandkommission abgeschlossenen Zollermäßigungsabkommen sind heute um einen Monat, also bis zum 15. August, verlängert worden. Dabei wurden alle 18 Verträge darauf auf eine einheitliche Grundlage gestellt, daß die Zollabgaben von jetzt ab gleichmäßig drei Axtel der alten Zollsätze betragen; hiervon werden zwei

entschlossen ist, um die Konferenz überhaupt zu irgendeinem Ergebnis zu führen.

Wie es heißt, sollen in London von der Konferenz sofort vier Unterausschüsse gebildet werden, die die Goldnotenbank, die Eisenbahnen, die politischen Fragen und schließlich die militärischen Fragen in Sonderberatungen durchsprechen sollen. In der Wienkonferenz wird man dann erst die Ergebnisse dieser Arbeit zum Gegenstand der entscheidenden Beschlüsse machen.

Und Deutschland? Nicht einmal das scheint sicher zu sein, daß man uns zur Hauptkonferenz einladet. Man schiebt wieder einmal die Reparationskommission ganz nach vorn und verlangt von uns, daß ihre Beschlüsse und Meinungen für uns maßgebend sein sollen. Das widerspricht natürlich schmerzhaft jedem Versuch einer vernünftigen Auseinandersetzung zwischen uns und der Entente, die in dem Sachverständigengutachten wenigstens eingeleitet worden ist. Die Hoffnungen, von denen unser Botschafter in Paris Herriot gegenüber sprach, sind aber tatsächlich in den letzten Wochen schon ziemlich ganz geschwunden, und die hartnäckige Weigerung, Deutschland dem Geist des Sachverständigengutachtens gemäß als gleichberechtigten Partner anzuerkennen, wird auch dem letzten Hoffnungsstrahl in Deutschland die Augen öffnen.

Wir glauben nicht daran, daß mit dem heutigen Tage eine neue Epoche in der Weltgeschichte anhebt, trotz Herriot's und trotz Macdonald's Ministerpräsidentenschaft. Deutschland hat alles getan, die Bestimmungen des Sachverständigengutachtens durchzuführen, hat die Gesehtwürfe für die Goldnotenbank, für die Umstellung der Reichsbahn, für die Industrieobligationen ausgearbeitet, hat seinen guten Willen nach jeder Richtung hin dokumentiert, — doch von der Gegenseite ist bisher nicht ein einziger Schritt des Entgegenkommens erfolgt. Im Ruhrgebiet erfolgen immer neue Anforderungen von Kasernenbauten und Schießplätzen, denkt der Franzose nicht daran, von seinen angemessenen Rechten auch nur ein Deut nachzulassen. Wir wollen also nicht hoffen und können es nicht, weil die Wirklichkeit uns dieses Hoffen verbietet.

### Welche Rolle soll Kellogg spielen?

Berlin, 17. Juli. Nach einer Kabelmeldung aus New-York erragt in den dortigen politischen Kreisen die Beröffent-

lichung eines Briefes des früheren amerikanischen Kommissars im Rheinland Pierpont Royce an General Dawes großes Aufsehen. In dem Brief heißt es:

Die Londoner Konferenz sieht sich einem unüberwindlichen Hindernis gegenüber. Herriot kann nicht zugeben, daß Frankreich sich mit England und Italien in die Vollmachten der Reparationskommission teilt, die es jetzt allein innehat, unabhängig eine Verfestung Deutschlands festzustellen. England andererseits kann nicht gemeinsam mit Frankreich neue Sanktionen gegen Deutschland ergreifen, wenn ihm das Mitbestimmungsrecht verweigert wird. Wenn Herriot wiederum nachgäbe, würde er von Poincaré und der Militärpartei gestürzt werden. Die neue Verbindung mit der Republikanischen Partei berechtigt Sie, in die Regierung zu dringen, daß der Botschafter Kellogg nicht dieselbe unerschöpfliche Haltung einnehmen soll, zu der alle unsere Vertreter in Europa in den letzten vier Jahren genötigt waren. Vielmehr sollte der Botschafter deutlich erklären, Amerika sei der Meinung, daß die Zeit für Frankreich gekommen sei, seine eigenwillige, selbständige Politik aufzugeben und die Zugeständnisse zu machen, die notwendig sind, um gemeinsam mit England einen ehrlichen und wirksamen Versuch zur Durchführung des Dawes-Planes unternehmen zu können.

### Toller aus München ausgewiesen.

München, 17. Juli. Zur Entlassung Tollers aus der Festung Niederschönenfeld wird noch bekannt, daß Toller aus Bayern ausgewiesen und über die bayerische Grenze abgeschoben worden ist. Bekanntlich will er in Berlin seinen dauernden Aufenthalt nehmen.

### Großleuer in Koburg.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Koburg, 17. Juli. Infolge Explosion eines Teertreffens entstand in Neuhof bei Koburg ein Großfeuer, dem die Holzerwerke A.-G. und die Thermostrichfabrik Hanst zum Opfer fielen.

### Das Volksbegehren in Braunschweig.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Braunschweig, 17. Juli. Das am Sonntag im ganzen Freistaat Braunschweig vorgenommene Volksbegehren mit dem Antrag der Auflösung des Landtages hat die genügende Anzahl Zustimmung aufgebracht.

### Reise des tschechischen Kriegsministers nach Paris.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Prag, 17. Juli. Der Minister für nationale Verteidigung Urdal wurde seinerzeit vom früheren französischen Kriegsminister Maginot zum Besuche der französischen Armee nach Frankreich eingeladen, konnte jedoch diesen Besuch nicht ausführen. Der neue französische Kriegsminister Kolet hat nunmehr die Einladung wiederholt. Minister Urdal wird diesmal die Einladung Folge leisten und voraussichtlich im Herbst 1924 zum Besuche der französischen Armee nach Frankreich abreisen.

### Rücktritt Jamonyskis.

Warschau, 17. Juli. Der Minister des Auswärtigen, Graf Jamonyski hat seine Demission eingereicht. Die Erledigung soll bis zur Rückkehr des Staatspräsidenten aus Spala verschoben werden.

### Die deutschen Gesetze für den Dawesplan.

Nachdem bereits vor einigen Tagen das Gesetz über die Goldnotenbank der Reparationskommission überreicht werden konnte, haben jetzt auch die Organisationskomitees für die Eisenbahnen und für die Industrieobligationen ihre Arbeiten beendigt, so daß sie der Repko zur Kenntnisnahme unterbreitet werden können. Nun hat diese das Wort, und wenn sie die Sache nicht auf die lange Bank schiebt, sondern rasch handelt, wird unsere Regierung bald in der Lage sein, die Gesetze an der Reichstags tag gelangen zu lassen, dem letzten Endes die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung zusteht. Deutschland ist seinen Pflichten bisher nachgekommen und wird es weiter tun. Mögen nur die anderen unserem Beispiel folgen. Etwas hat auch die Reparationskommission bereits getan, sie hat das amerikanische Mitglied des Sachverständigenausschusses Owen Young zu dem im Sachverständigenbericht vorgesehenen Charakter für die Reparationszahlungen ernannt.